

Herr Wilnecker (FDP) sieht sich außer Stande eine Entscheidung aufgrund der kargen Ausführung der Vorlage zu treffen.

Herr Gleß erklärt, dass es hier nur um eine grundsätzliche Entscheidung ginge, ob diese Möglichkeit grundsätzlich vorstellbar sei, bevor hier Geld investiert würde und ein externes Planungsbüro mit dieser Führung des Rad- und Fußverkehrs beauftragt würde.

Herr Richter (SPD) wünscht sich eine konsistente Lösung. Hier solle ein guter Anschluss an die aus allen Himmelsrichtungen kommenden Radfahrwege möglich sein. Er könne sich grundsätzlich diese neue Lösung nicht vorstellen.

Herr Metz (DIE GRÜNEN) schließt sich der Meinung der SPD-Fraktion an. Er sieht ebenso in dem gemeinsamen Zweirichtungsrad-gehweg deutliche Gefahren. Weiter sieht er bei dem freien Rechtsabbieger Hauptstr./Schulstr. Unfallgefahren. Straßen NRW priorisiere den motorisierten Individualverkehr und deren Leistungsfähigkeit über den Belangen des Radverkehrs und der Fußgänger. Somit wäre die Verwaltung gezwungen, Vorschläge vorzulegen, von denen sie selbst nicht überzeugt seien. Aufgrund des Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz sei es gesetzlich vorgegeben, Radwege mit zu berücksichtigen. Die Frage sei hier, ob es aufgrund dieser gesetzlichen Grundlage nicht andere Möglichkeiten in der Verhandlungssprache mit Straßen NRW gäbe.

Eine Zustimmung könne hier nicht erteilt werden.

Herr Puffe (CDU) sieht in diesem Vorschlag eine weitere Variante. Er betont ebenfalls die Rücknahme in Sankt Augustin bereits eingeführter Zweirichtungsrad-gehwege aufgrund der vorherrschenden Unfallgefahren bzw. eingetretenen Unfälle.

Eine Zustimmung zu dieser Variante und damit einer „Beerdigung“ der vorherigen Planung könne final nicht erfolgen.

Herr Kukula erklärt, dass es sich hier um eine Kompromisslösung mit Straßen NRW handele, mit der die Verwaltung nicht glücklich sei. Es sei aber die einzige Kompromisslösung, die regelkonform sei.

Herr Beutel (CDU) erinnert an die Schwierigkeiten von Zweirichtungsrad-gehwegen an Bushaltestellen.

Herr Metz (DIE GRÜNEN) schlägt vor, hier eine Lösung in einem Arbeitstreffen zu entwickeln, in der man einige Argumente von Straßen NRW aufgreife, um sich bei Straßen NRW durchsetzen zu können.

Er bietet an, zusammen mit Herrn Lienesch als örtlicher Abgeordneter, mit dem Votum der gesammelten Politik aus Sankt Augustin diesen Vorschlag bei Straßen NRW vorzulegen, um diesem mehr Nachdruck geben zu können.

Herr Gleß empfiehlt, den Vorschlag eines kleinen Arbeitskreises aufzugreifen.

Mit der entwickelten Lösung solle der Landesbetrieb anschließend konfrontiert werden.